

Französisch-britisches Abkommen

Drohnen sollen Migration über Ärmelkanal verhindern

Der Ärmelkanal entwickelte sich zur viel befahrenen Migrationsroute nach England. Nun haben London und Paris ein Abkommen unterzeichnet, um Menschen an der Überfahrt zu hindern.

28.11.2020, 20.28 Uhr



Eine Gruppe von Migranten überquert den Ärmelkanal in einem kleinen Boot in Richtung Dover

Foto: Gareth Fuller / dpa

Mit einer deutlich verstärkten Polizeipräsenz und neuen Überwachungssystemen wollen Großbritannien und Frankreich die illegale Migration über den Ärmelkanal eindämmen. Die britische Innenministerin Priti Patel und ihr französischer Kollege Gérald Darmanin unterzeichneten ein entsprechendes Abkommen.

Um die von der britischen Regierung scharf verurteilten Überfahrten über den Ärmelkanal zu unterbinden, sollen dem Abkommen zufolge auf französischer Seite doppelt so viele Polizisten an der Küste zum Einsatz kommen wie bisher. Außerdem sollen Drohnen,

Radarsysteme und andere Überwachungstechniken an den Häfen und Küstenregionen eingesetzt werden. Die beiden Länder haben vereinbart, 31,4 Millionen Euro für die Maßnahmen auszugeben.

Immer wieder sterben Menschen auf der Überfahrt

Allein in diesem Jahr haben laut einer Statistik der britischen Nachrichtenagentur PA bereits mehr als 8000 Migranten den Ärmelkanal überquert, um Großbritannien zu erreichen. Hunderte, unter ihnen Kinder, wurden auf der Überfahrt nach Südengland abgefangen. Oft unternehmen sie die gefährliche Reise auf kleinen, unsicheren Schlauchbooten, immer wieder kommen Menschen ums Leben.

Im vergangenen Monat starb eine Familie aus Iran, darunter zwei Eltern und ihre Kinder im Alter von 6 und 9 Jahren, als ihr Boot im Ärmelkanal kenterte. Ihr 15 Monate alter Sohn gilt als vermisst und ist vermutlich ertrunken.

Zahl der Migranten vervierfacht

Die Zahl der Ankommenden ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. 2019 kamen PA zufolge nur knapp 2000 Migranten über den Ärmelkanal. Die konservative Hardlinerin Patel will die Regeln für legale Migration nach Großbritannien künftig deutlich verschärfen. »Dank der stärkeren Polizeipatrouillen an den französischen Stränden und einem verbesserten Informationsaustausch zwischen unseren Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden beobachten wir schon jetzt, dass weniger Migranten losfahren«, sagte sie.

Patels Angaben zufolge hätten französische Behörden in diesem Jahr 5000 Migranten daran gehindert, nach Großbritannien zu reisen. Großbritannien habe Frankreich in den vergangenen zehn Jahren 150 Millionen Pfund zur Bekämpfung der Einwanderung zur Verfügung gestellt.

Die Wohltätigkeitsorganisation Detention Action kritisierte das Vorgehen scharf. Bella Sankey, die Direktorin der Organisation, forderte stattdessen sichere und legale Routen, auf denen Migration möglich sei.